



"Es drohen Mehrausgaben von 52 Milliarden Euro - pro Jahr"

Die Rente ist sicher – das Thema der nächsten Monate. Regierungspolitiker und Gewerkschaften stellen Forderungen das Rentenniveau auf dem aktuellen Stand zu fixieren oder eine Anhebung durchzuführen. Immerhin ginge es darum Altersarmut zu verhindern, die den Staat von anderer Seite belasten würde. Das IW Köln hat nun berechnet, wie zielführend diese Reformvorschläge sind und wie teuer sie den Beitragszahler zu stehen kommen.

„Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt?“ Eine Finanzierung dieser Beträge müsste über eine Erhöhung der Beitragssätze geregelt werden. Im Szenario "50 Prozent" würde die gesetzlich definierte Beitrags-Obergrenze von 22 Prozent ab dem Jahr 2024 überschritten. Bis 2029 stiege der Beitragssatz voraussichtlich auf 25 Prozent. Im Szenario "47,5 Prozent" erfolgt die Überschreitung der gesetzlichen Obergrenze ab dem Jahr 2027. Studien-Autor Dr. Jochem Pimpertz erläutert:



Die Berechnungen des IW Köln zeigen auch positive Effekte eines höheren Rentenalters auf die Armutsgefährdung. Demnach wird das Rentenniveau aller Wahrscheinlichkeit nach deutlich weniger stark sinken als im offiziellen Rentenbericht der Bundesregierung prognostiziert.

Der Grund: Die Berechnungen gehen bisher weiter von 45 Beitragsjahren aus. De facto wird das Renteneintrittsalter aber ansteigen.

Die Folge: Verlängern sich zum Beispiel die Beitragsjahre eines "Eckrentners" im Jahre 2029 von 45 auf 47 Jahre, steigt das Sicherungsniveau von 44,6 auf 46,6 Prozent und ist damit nur noch knapp einen Prozentpunkt unter dem heutigen Versorgungsniveau (47,5). Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der INSM, fordert die Bundesregierung deshalb auf, keine weiteren Rentengeschenke zu verteilen. Die Rente mit 67 war der erste Schritt in die richtige Richtung, die Rente mit 63 jedoch ein herber Rückschritt. Wenn die Folgen des demografischen Wandels gerecht auf jüngere und ältere Schultern verteilt werden sollen, muss das Rentenalter weiter an die steigende Lebenserwartung angeglichen werden. Damit würden Beitragssätze stabilisiert, denn das Rentenniveau ist ein zielführenderes und gerechteres Mittel gegen Altersarmut.

Bild: © pogonici / fotolia.com

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4942790/es-drohen-mehrausgaben-von-52-milliarden-euro-pro-jahr/>